

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Kegelblatt Riesfaer.
Jahrgang Nr. 20.

Das Riesfaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschmiedau, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesfaer, des Finanzamts Riesfaer und des Hauptzollamts Meißner.

Postfachkonto: Dresden 1580
Stollstraße Riesfaer Nr. 52.

Nr. 207.

Montag, 6. September 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Sonntagspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Abgaben für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr mittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (8 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 88 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Gemittelter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verhältnißmäßig durch Klagen eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesfaer. Künftige Unterhaltungsbeiträge. Abnehmer an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Besetzung oder der Verfertigungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesfaer. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesfaer; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesfaer.

Beginn der Vollversammlung des Völkerbundes.

Genf, 5. September. Die Vollversammlung des Völkerbundes beginnt am Montag vormittag um elf Uhr im Reformationsaal. Die Sitzung wird durch eine längere Ansprache des derzeitigen Vorsitzenden des Völkerbundes eröffnet werden. Wie verlautet, wird Herr Benesch in seiner Rede einen kurzen Überblick über die Tätigkeit des Völkerbundes im letzten Jahre geben und die der Vollversammlung bevorstehenden Aufgaben im einzelnen skizzieren. Er wird hierbei insbesondere der Aufnahme Deutschlands Erwähnung tun. Die Versammlung wird hierauf zur Wahl des Präsidenten schreiten, die aller Voraussicht nach auf den jugoslawischen Außenminister Nintschitsch fallen wird. Ob es ein glücklicher Gedanke ist, der Vollversammlung, die Deutschlands Eintritt in den Völkerbund beschließen wird, den jugoslawischen Außenminister als Vorsitzenden zu geben, sei dahingestellt. Ein Uebermaß von Eifer wird man in diesem Belange jedenfalls nicht erblicken können. In Deutschland hätte man lieber als Vorsitzenden einen Mann wie beispielsweise Freiherr Ransau gesehen. Die Vormittags-Sitzung wird ihren Abschluß mit einer Ansprache des neugewählten Vorsitzenden finden, die bereits druckfertig im Sekretariat hinter Schloß und Riegel gehalten wird. — Die Nachmittags-Sitzung wird die Wahlen der Vizepräsidenten und der Kommissionsvorsitzenden bringen. Zur Stunde ist es noch nicht gewiß, ob bereits im Laufe des Montags mit der Behandlung des deutschen Aufnahmegesuches begonnen werden wird. Vor Donnerstag ist jedenfalls kaum mit der deutschen Aufnahme in den Völkerbund zu rechnen.

Die Völkerbundsdelegationen fast vollständig in Genf eingetroffen.

Genf. Im Laufe des Sonntags sind die Völkerbundsdelegationen fast vollständig in Genf eingetroffen. Ein großer Teil der Delegierten, die in Genf bereits anwesend sind, hat den Sonntag zu Ausflügen in die Umgebung benützt. Ministerpräsident Briand nahm sein Mittagessen in einem der ältesten Genfer Lokale, im Hotel de Simplicien ein.

Was erwartet das besetzte Gebiet von Genf?

Paris. Die königliche Volkszeitung beschäftigt sich in einem Artikel „Was erwartet das besetzte Gebiet von Genf?“ mit der Besetzung des Rheinlandes. Sie verweist auf London und Locarno und schreibt unter anderem: „Trotzdem die Besetzung ohne Grund ist, besteht sie weiter als ein Uebelbleibel aus einer überwundenen Angsteriode. Wir können ihr eine innere Berechtigung nicht mehr zuerkennen. Wir müssen vielmehr verlangen, daß der veraltete Tatbestand der Besetzung nicht mehr auf Grund formellen Rechts aufrecht erhalten wird. Viel stärker als das formelle Recht sollte sich das Interesse der an der Besetzung beteiligten Staaten erweisen, die doch aus der Entspannung, die die Aufhebung der Besetzung mit sich bringen würde, Vorteile aller Art ziehen können. Umgekehrt bedroht die Besetzung das Werk der Verständigung auf das schwerste. Die Aufrechterhaltung der Besetzung ist daher unlogisch und unklar. Wie sagen das, gerade weil wir überzeugte Anhänger der Verständigungspolitik sind. Wir sagen dies auch nicht an die Adresse der leitenden Persönlichkeiten der Besetzung, sondern an die Adresse der Staatsmänner in Paris, London und Brüssel. Vertrauen und Achtung, Wachen und Troben wohnen schlecht beieinander. Das Vertrauen soll steigen. Neben einem wirklichen Vertrauen ist die Besetzung undenkbar. Wir verlangen aber auch, solange die Besetzung vorübergehend noch erduldet werden muß, daß sie wenigstens in ihrer Psychonomie jenen radikalen Bruch zeigt, den London und Locarno bedeuten. Der wichtigste Faktor einer Besetzung ist ihre Stärke. Nur wenn die augelagerte Verabredung der Besetzung auf die Friedensgarnisonen durchgeföhrt wird, wird es möglich sein, die Besetzung in den nächsten Jahren unterzubringen wie in der Vorkriegszeit, um die Bevölkerung möglichst zu schonen. Das Blatt spricht die zurechtzufindende Erwartung aus, daß die deutsche Delegation in Genf die berechtigste Forderung des besetzten Gebietes mit vollem Nachdruck vertreten werde.“

Dr. Gaus bei Marx.

Berlin. Ministerdirektor Dr. Gaus hat am Sonntag, wie vorgeesehen war, dem Reichstanzler über die Arbeiten der Studienkommission in Genf Bericht erstattet. Im Laufe des Montags werden Erörterungen im Auswärtigen Amt über die Vorgänge in Genf fortgesetzt werden.

Coolidge über die Abrüstung.

Paris. Wie der „Newport Herald“ aus Paul Smith meldet, ließ Coolidge gestern erklären, die Vereinigten Staaten würden ihre Zustimmung in einem Maße ausbauen, daß sie auf diesem Gebiete die Führung unter den Weltmächten erlangen, wenn nicht in Kürze das Werk der Washingtoner Konferenz über die Abrüstung weiter fortgeföhrt werde. Ferner würden in diesem Falle die Vereinigten Staaten die im Abkommen nicht vorgezeichneten Schritte wie z. B. Verbot der Unterseeboote und Kreuzer weiter ausweiten. Wie berichtet wird, hat diese Verlautbarung in der Presse und in diplomatischen Kreisen beträchtliches Aufsehen erregt.

Ernsteste Lage in Spanien.

Madrid, 5. September. In einer offiziellen Kundgebung wird auf die sehr ernste Lage hingewiesen, in der sich das Land durch die sich häufenden Fälle von Unsubordinationen in der Armee als Folge der Unüberwindlichkeit des königlichen Erlasses über die militärischen Aufzeichnungen im Kriege befindet. So gab heute der Chef der Artillerieeinheiten ohne Ermächtigung des Kriegsministers den beurlaubten höheren Offizieren den Befehl, sich wieder auf ihren Posten einzufinden. Der Chef des Artillerieregiments in Segovia weigerte sich ebenfalls ohne Ermächtigung die Bereitschaft der Truppen der Garnison Segovia an und zwar ausschließlich als Vorsichtsmaßnahme für etwaige Angriffe durch Madrider Truppen. Auch in der Militärakademie in Valladolid sind Fälle von Unsubordination vorgekommen. Infolge dieser Ereignisse hat die Regierung dem König geraten, nach Madrid zurückzukehren, und ihn um die Ermächtigung zu bitten, für ganz Spanien den Belagerungszustand zu erklären und andere Maßnahmen zu veranlassen, so besonders die Entsendung aller höheren Artillerieoffiziere von ihren Posten und das Verbot des Tragens der Uniform, unter Androhung schwerer Strafen für den Weigerungsfall. Die Note betont am Schluß, die Regierung reche auf die Armee und die öffentliche Meinung.

Ministerrat in Spanien.

Madrid, 5. Sept. Der Ministerrat beschäftigte sich gestern mit der Frage der Selbstbestimmung über den Plan der Einberufung einer Nationalversammlung und trat sodann in eine längere Prüfung der Fragen der internationalen Politik ein. Der Minister des Auswärtigen Daguas nahm an der Sitzung teil. Ein von dem Ministerrat herausgegebenes Communiqué besagt lediglich, der Minister des Auswärtigen habe die letzten Phasen in der Entwicklung der Völkerbundsfrage und der Tangerfrage dargestellt und der Ministerrat habe die für angemessen gehaltenen Maßnahmen gebilligt. Daguas erklärte nach der Sitzung Pressevertretern, er habe den Mitgliedern des Ministerrates in Bezug auf die diplomatischen Besprechungen, die in San Sebastian stattgefunden hätten, und in Bezug auf neue aus Genf eingegangene Nachrichten Mitteilungen gemacht. Er habe dem Ministerrat die Zusammenfassung der in Genf vertretenen Mächte mitgeteilt, die die Regierung erstrebt habe. Ebenso habe er die von den Genfer Mächten an Spanien gerichtete Bitte, Spanien möge seine Mitarbeit in Genf nicht aufgeben, dem Ministerrat übermittelt.

Bereinfachung der Reichsverwaltung.

Berlin, 4. Sept. Die Reichsregierung hat in der letzten Kabinettsitzung auch eine von Reichsinnenminister vorgelagte gemeinsame Geschäftsordnung der Reichsministerien genehmigt. Diese Geschäftsordnung regelt die äußeren Formen des Geschäftsganges. Als wesentliches Ziel wird dabei erstrebt, den Geschäftsgang auf das Äußerste zu vereinfachen und zu beschleunigen. Die Geschäftsordnung selbst sagt, daß dieses Ziel nur dann voll erreicht werden könne, wenn jeder einzelne Angehörige der Reichsministerien im Rahmen seiner Befugnisse auch persönlich in diesem Sinne mitarbeitet. Um den Geschäftsgang weiter zu verbessern, zu vereinfachen und zu verbilligen, soll in jedem Ministerium ein besonderer Vereinfachungsreferent den Geschäftsgang überwachen. Diese Vereinfachungsreferenten bilden zusammen einen Ausschuss für Vereinfachungsfragen, der unter Führung des Reichsinnenministeriums dauernd prüft, was zu geschehen hat, um den Geschäftsgang der Ministerien und ihrer nachgeordneten Behörden zu vervollkommen und vor allem die Arbeitsleistungen zu erhöhen. Dr. Reinhold hat bereits in Dresden angedeutet, daß seit längerer Zeit Pläne einer organischen Umordnung im Reichsinneministerium bestehen, die in der nächsten Zeit zum Abschluß gelangen könnten. Im Zusammenhang damit heißt es, daß der Staatssekretär Fischer von seinem Posten zurücktreten werde.

Sizenzler Dr. Haber über den Ausgleich.

Wien. Bei der Begrüßungsfeier der auf einer Reise zum Besuch der ausländischen Deutschen in Wien weilenden Parlamentarier aus dem Reich durch die Großdeutsche Volkspartei, den Deutschen Schulverein Edmund, den Bund der Reichsdeutschen und anderer nationaler Vereinigungen, gab auch Sizenzler Dr. Haber als Mitglied der Großdeutschen Volkspartei in einer Ansprache seiner Freude Ausdruck, wiederum Vertreter des öffentlichen Lebens aus dem Reich in Wien begrüßen zu können. Diese Tatsache, so bemerkte Dr. Haber unter lebhaften Beifall, ist ein neuerlicher Beweis für das immer stärker werdende Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen diesseits und jenseits der Grenze. Wir freuen uns, daß es mit dem Deutschen Reich wieder vorwärts geht. Wir sind eines Staines in dem Wunsch nach gemeinsamer Arbeit, und dieses Bewußtsein muß in uns allen anstärkt und

Sor der Proklamtion des Belagerungszustandes?

Paris, 5. September. Nach einem Reuters Telegramm erklärt eine offizielle spanische Note, daß die Regierung die Proklamtion des Belagerungszustandes für ganz Spanien und zur Durchführung der durch die Lage erforderlichen Maßnahmen verlangt hat. Auf Anraten der Regierung hat sich der König von San Sebastian nach Madrid begeben. Ueber die Lage in Spanien teilt die „Chicago Tribune“ mit, es verlautet, daß Marshall Magan, der Vizepräsident des Direktoriums und gegenwärtige spanische Botschafter beim Kaiser, vielleicht binnen kurzem vom König berufen werden würde, um die Regierung zu übernehmen. Es sei augenscheinlich, daß Primo de Rivera den Widerstand seiner militärischen Gegner nicht überwinden habe. Obwohl zahlreiche Informationen der Auslandspresse übertrieben seien, werde doch die Lage in Spanien von Tag zu Tag gespannter; es könne zu einem offenen Konflikt zwischen der Regierung und den Artillerieoffizieren kommen. Nach dem „Newport Herald“ hat die Truppe Primo de Riveras, Spanien werde sich militärisch weise aus Marokko zurückziehen, in spanischen offiziellen Kreisen hätte Besorgnisse hervorgeufen. Es werde aber erklärt, daß die Lage der spanischen Armee bei einem Rückzug der Spanier aus Marokko keineswegs beeinträchtigt sei, da in Marokko genügend Truppen kämen. Die Garnisonen in Marokko seien sämtlich in Kriegsbereitschaft; die Marokkoarmee sei mit Pferden und Material reichlich versehen. Man hoffe zwar, neue Kämpfe auch bei einer Rücknahme der spanischen Zone vermeiden zu können, sei aber auf alle Fälle vorbereitet.

Madrid. (Frankfurt.) Eine amtliche Veröffentlichung zufolge verfierte der König in der gemeldeten Audienz Primo de Rivera erneut sein Vertrauen und ermächtigte ihn, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, wobei er betonte, daß ein Truppenkörper mit einer so gefährlichen Aufgabe wie die Artillerie sich in eine so ungewisse Lage gebracht habe. Der Ministerpräsident betonte dann dem König über die wichtigsten Fragen der äußeren und inneren Politik und hielt dann im Kriegsministerium einen Ministerrat ab, bei dem der Minister für Auswärtiges, der Finanz- und der Arbeitsminister nicht anwesend waren. Nach in der Nacht erhielt die Regierung zahlreiche Kundgebungen von Körperschaften und Einzelpersonen, darunter vielen Offizieren, die der Regierung ihre Unzufriedenheit bekundeten und ihre Dienste anbieten. Außer der Artillerie zeigten sämtliche Truppenkörper, auch das gesamte Reservekorps der Artillerie, strenge Disziplin. Sie bekundeten den Willen, ihre Pflicht zu tun, auch wenn das höchste von ihnen verlangt wird. Die Kaiserin des 1. Artillerieregiments an dem Tod wurde getötet und einer Abteilung Infanterie übergeben.

gepflegt werden. Jeder muß sich als Glied des großen deutschen Volkes fühlen und in diesem Sinne arbeiten. Wir sind bereit, alles zu tun, was die Gemeinschaft unter uns fördert. Mit Freude stellen wir fest, daß auch in den maßgebenden Reichsstellen dieser Gedanke Wurzel gefaßt hat. Wir fühlen uns auch heute schon eins mit dem Deutschen Reich und es besteht für uns kein Zweifel, daß die naturnotwendige Entwicklung schließlich einmal die von uns allen erstrebte Einheit bringen wird.

Die Wirren in China.

London. Times berichtet aus Beijing, man erwarte in Schanghai und in den Yangtze-Oberlauf ernste Verwicklungen, wenn Canton und Jiangsu von den Kanton-Truppen eingenommen werden sollten. Die ausländischen Mächte würden es abdamn vielleicht endlich für notwendig befinden, mit Gewalt vorzugehen, um ihre Untertanen zu schützen. Es werde gemeldet, daß die ausländischen Konsuln in Canton in Verteidigungszustand gesetzt worden seien. Die ausländischen Freiwilligen seien mobilisiert worden. Außerdem seien 250 Japaner zum Schutz der japanischen Konsuln gelandet worden. Weitere wesentliche Verstärkungen seien vom Norden nach Canton unterwegs. Man mache allen Anstrengungen, Canton zu halten, um die Kanton-Truppen zurückzuweisen. In Beijing und in Tientsin sei die Lage ruhig. Es herrsche dort allerdings eine strenge Kontrolle. Kanton, der in einigen Tagen abreise, habe erklärt, daß seine Abreise durch chinesische Schritte nicht beeinflusst worden sei. Sie sei auf die Notwendigkeit zurückzuführen, Lichter in zu vertreten. Laut Times ist eine strenge Zensur eingeföhrt worden.

Zu den Kämpfen in China.

London. (Frankfurt.) Nach Vätermeldungen aus Washington berichtet der amerikanische Konsul in Canton, daß ein amerikanisches Kanonenboot bei einem Kampf zwischen Chinesen an den Ufern des Yangtseflusses von vier Kanonen getroffen wurde. Auch eine amerikanische Kirche und ein Ospital wurden getroffen.